Heckler und Koch: Von Waffen und Honig

Martin Himmelheber (him)

Bei der ersten virtuellen Aktionärsversammlung des Waffenherstellers Heckler und Koch AG fielen am Ende eine Reihe von Beschlüssen, die die neuen Mehrheitsverhältnisse dokumentieren. Die CDE des französischen Milliardärs Nicolas Walewski hat etwa drei Viertel der Anteile und sich damit mit ihren Wünschen zur Zusammensetzung des Aufsichtsrates durchgesetzt. Die Ära Andreas Heeschen ist bei HK damit zu Ende.

Insgesamt gut vier Stunden tagte die virtuelle Aktionärsversammlung. Dabei waren in der Kantine des Werkes in Oberndorf die beiden Vorstände Jens Koch und Kronert anwesend. Geleitet wurde die Versammlung von Rechtsanwalt Karsten Heider aus Stuttgart. Der Aufsichtsratsvorsitzende Harald Kujat und sein Stellvertreter Martin Sorg waren über das Internet verbunden. Nach den Berichten der Vorstände hatten die beiden Vorstände insgesamt 178 Fragen zu beantworten, der Großteil stammte von den kritischen Aktionärinnen und Aktionären.

Wirtschaftlich gefestigt

Koch und Kronert stellten die Lage des Unternehmens im vergangenen Geschäftsjahr und im ersten

Halbjahr 2020 dar. Dabei wiederholte Koch im Wesentlichen die Aussagen, die er bereits in einer Pressemitteilung am Vortag berichtet hatte.

Unter seiner Führung habe HK ein25-Millionen-Euro-Investitionspaket auf den Weg gebracht und damit das Durchschnittsalter des Maschinenparks deutlich gesenkt. Neben der Produktion von Waffen habe HK den Service und Ersatzteil-Sektor verstärkt. Die Struktur der Belegschaft sei geändert worden. Man verzichte inzwischen weitgehend auf Zeitverträge und Leiharbeiter. Schließlich investiere das Unternehmen verstärkt in Innovationen.

Das US-Geschäft habe man verstärkt und „prestigeträchtige Aufträge“ bei der US-Army akquiriert.

Koch versicherte, Heckler und Koch sehe seine Unternehmensziele darin die Sicherheit und Freiheit der Menschen zu schützen, in dem man Polizei und Soldaten ausrüste. „Lieber verzichten wir auf ein Geschäft, als dass unsere Waffen in die falschen Hände gelangen“, versicherte er. Auch der neue Mehrheitsaktionär CDE unterstütze die „Grüne-Länder-Strategie.

Nachhaltigkeit mit BHKW undf Bienenvölkern

Bei der Produktion in Oberndorf achte man auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung. Dank sparsamerer Maschinen habe man den Energieverbrauch um 20 Prozent und den CO2 Ausstoß um 25 Prozent gesenkt. Geplant sei der Bau eines Blockheizkraftwerkes. Dienstwagen seine künftig nur noch Hybridfahrzeuge, Mitarbeiter könnten E-bikes leasen. Und weiter kündigte Koch einen ersten Schritt zur Konversion an: „Wir werden auf dem Betriebsgelände Bienenvölker ansiedeln“, kündigte Koch an, “wir werden Honig haben.“

Finanzvorstand Jörg Krönert berichtete über die finanzielle Lage des Unternehmens. 2019 habe das Unternehmen 235 Millionen Euro schulden gehabt. Davon seien 140 Millionen von Hauptaktionären gekommen. Insgesamt habe sich die Finanzsituation „deutlich gebessert“. Die Verluste in den USA seien „gestoppt“. In Verwaltung und Vertrieb seien alle Funktionen geprüft und angepasst worden.

Für dieses Jahr sei er vorsichtig optimistisch, dass er Umsatz auf mehr als 250 Millionen Euro steigen werde. Das weiterhin negative eigenkapital mache Sorgen, deshalb soll es auch keine Dividendenausschüttung geben. Beide Vorstände lobten ausdrücklich den Anteil der Belegschaft an der Sanierung.

Viele Fragen nach der „Grüne-Länder-Strategie“ und Menschenrechten

Zur Beantwortung der vorher eingereichten Fragen nahmen sich Koch und Krönert sehr viel Zeit. Die meisten Fragen drehten sich um die Geschäftspolitik, die „Grüne-Länder-Strategie, die

Menschenrechtssituation, den vor Jahren angedachten Opferfonds aber auch um die HK-Geschäftspolitik.

Die kritischen Aktionärinnen und Aktionäre wollten beispielsweise detailliert wissen, in welche Staaten HK in den vergangenen drei Jahren Waffen geliefert hat. Neben EU-, Nato, und Nato-verwandten Staaten waren das unter anderem Bhutan, Indien, Trinidad und Tobago, Serbien Kosovo, Singapur Südkorea und die Vereinigten Arabischen Emirate. Lizenzen habe HK keine mehr vergeben.

Die „Grüne-Länder-Strategie werde nur durchbrochen, wenn es den außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland diene und durch die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung gedeckt sei, versicherte Koch ein ums andere Mal. Kritische Fragen zur Situation in Singapur, Malaysia und Südkorea konterten Koch und Krönert mit den Lageberichten des Auswärtigen Amtes. Dort würden Menschenrechtsverstöße nicht erwähnt oder bei Südkorea gar von einem „Musterstaat“ gesprochen.

Fremdenlegion, britische Spezialkäfte, US-Polizei und KSK

Dass Waffen von Heckler und Koch bei der Fremdenlegion in Frankreich, bei Spezialkräften der britischen Armee, bei US-Polizisten und den Kommando-Spezialkräften der Bundeswehr im Einsatz seien, kritisierten die „Kritischen Aktionäre. Der Vorstand verwies darauf, dass man keinen Einfluss darauf habe, welche Einheiten die französische Armee ausrüste.

Da Einsätze von Spezialkräften der Geheimhaltung unterlägenn wisse man nichts von „rechtswidrigen Einsätzen“. HK verurteile „jegliche Form von Extremismus“, so Koch. Deshalb begrüße man die Aktivitäten der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums im Zusammenhang mit der KSK in Calw.

Mehr in Kürze.